



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Haushaltsplan 2021;**

**hier: Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne (Kap. 09 03 Tit. 701 60)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 09 03 wird der Betrag in Tit. 701 60 von 25 auf 75 Mio. Euro erhöht.

Die Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2022 wird von 18 auf 118 Mio. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 06 neuer Tit. „Einnahmen aus der Auflage von Green Bonds“

Der Tit. wird neu beantragt.

### **Begründung:**

Die Staatsregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Verwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu machen. Dies ist mit einem „Weiter so!“ aber nicht zu erreichen. Wenn wir die Vorbildfunktion des Staates und den Kampf gegen die Erdüberhitzung ernst nehmen, müssen wir die Investitionen in den Klimaschutz deutlich verstärken. Dazu gehört unter anderem die energetische Sanierung aller staatlicher Gebäude. Diese Maßnahme belebt zusätzlich das örtliche Handwerk und verbessert die Arbeitsbedingungen der Menschen in den Behörden. Und nicht zuletzt rentieren sich diese Investitionen auch für den Staatshaushalt, wenn auf teures Öl und Gas verzichtet wird.